

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 74 (1980)
Heft: 5

Artikel: Kirche und Sozialdemokratie : Versuch einer grundsätzlichen Verhältnisbestimmung
Autor: Spieler, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142838>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

enthält sie eine Versuchung: Wenn es dem Arbeiter weniger gut geht, haben wir in Wahlen, Abstimmungen und Aktionen mehr Erfolg. Der Schritt zur Verelendungsstrategie ist nur ein kleiner.

Diese Aussage ist nicht nur gefährlich, sondern auch unrichtig, denn sie trifft im besten Fall für eine Mehrheit der Arbeiter und niemals für zahlreiche Minderheiten wie Ausländer, Behinderte, Rentempfänger, Frauen, Jugendliche zu. Aber selbst für diese Mehrheit ist sie höchstens dann richtig, wenn wir deren Lage nur gerade vom Lohn und vielleicht noch von der sozialen Sicherheit her beurteilen.

Demgegenüber stelle ich in unserer Gesellschaft eine große Zahl ungelöster mitmenschlicher und persönlicher Probleme fest: Viele Menschen aus allen Schichten fühlen sich einsam, suchen vergeblich nach Partnern, nach Vertrauen und Geborgenheit, kämpfen mit Alkohol, Drogen und Medikamenten, fliehen ins Fernsehen, in den Konsum, in die Pornographie, leiden unter Streß und Repression, unter Depressionen und andern psychosomatischen Erkrankungen, haben zahlreiche Ängste, von denen sie sich nicht zu reden getrauen und die sie nicht überwinden. Sie empfinden den Staat, den Fortschritt, die Technik, die Zukunft und die Jugend als Bedrohung, sie fürchten sich vor Krankheit und Tod. Sind das vielleicht die drängenden sozialen Probleme unserer Zeit, die wir als solche und nicht nur als individuelle Probleme noch gar nicht oder zu wenig erkannt haben? Welche Antworten können wir als Sozialisten und ganz konkret als Mitglieder der SP geben? Und von welchen christlichen Erfahrungen können wir profitieren?

WILLY SPIELER

Kirche und Sozialdemokratie

Versuch einer grundsätzlichen Verhältnisbestimmung

Das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Kirchen ist durch Emotionen belastet: durch kirchenfeindliche wie durch kirchenfreundliche. Sie artikulieren sich selten öffentlich. In persönlichen Begegnungen habe ich das eine wie das andere Extrem erfahren: auf der einen Seite jenen Genossen, der die Kirchen als «Schwindelbetriebe» diffamierte, die aus dem öffentlichen Leben zu verbannen das «weit überragende Thema der Tagesordnung» sei, auf der andern Seite jene Genossin, die erst nach Rücksprache mit ihrem Pfarrer an der 1.-Mai-Feier teilnahm, so sehr hatte der vorgängig verteilte Text der «Internationale» sie schockiert. Es ist gewiß nicht Aufgabe einer sozialdemokratischen Partei, solchen Emotionen zu einem ideologischen Ueberbau zu ver-

helfen oder auch nur einen ideologischen Kompromiß zwischen ihnen herzustellen. Vielmehr sollten wir, ausgehend von einer Theorie des demokratischen Sozialismus, versuchen, das Verhältnis von Kirche und Partei rational zu bestimmen. Und das nicht nur aus strategischen Erwägungen: weil beim kirchlichen Stammpublicum etwas für die Sozialdemokratie zu holen ist, sondern auch als Beitrag zu unserem eigenen Selbstverständnis: weil das, was wir über die Kirche aussagen, vielleicht noch mehr über uns selber aussagt.

Kirche als Politikum

Als die Arbeitsgruppe «Kirche und Staat» der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich ihre «Thesen über Kirche und Sozialdemokratie»¹ den Sektionen zur Vernehmlassung unterbreitete, erhielt sie auch die Antwort: «Die Entwicklung einer Strategie gegenüber der Kirche scheint uns im Moment ein zweitrangiges Problem zu sein. Zuerst muß die SP ihre politische Linie klären und zu einer echt sozialistischen, antikapitalistischen Linie finden.» Sehen wir aber einmal davon ab, daß mit diesem Argument die politische Arbeit der Partei auch in vielen andern Bereichen lahmgelegt werden müßte, so können wir einer Verhältnisbestimmung von «Kirche und Sozialdemokratie» gar nicht ausweichen. Die SP hat sich immer wieder mit Fragen des Staatskirchenrechts und der staatskirchlichen Politik zu befassen. Sie muß zur Kenntnis nehmen, daß umgekehrt auch Kirche sich zu politischen Fragen nicht einfach unpolitisch verhält. Darüber hinaus sollte sie prüfen, ob Kirche nicht Teil einer sozialistischen Veränderungsstrategie sein könnte.

Sozialdemokratische Stellungnahmen zu staatskirchlichen Fragen

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz, vor allem aber ihre Kantonalparteien sehen sich zunehmend mehr veranlaßt, zu staatskirchlichen Fragen Stellung zu nehmen. Allein die Arbeitsgruppe «Kirche und Staat» der SP des Kantons Zürich hat von 1976 bis 1979 drei Vernehmlassungen ausgearbeitet, eine erste zur «Kantonalzürcherischen Volksinitiative für die Trennung von Staat und Kirche», eine zweite zum «Zwischenbericht der Kommission für den Unterricht in Biblischer Geschichte und Sittenlehre an der Oberstufe der Volksschule» und eine dritte zur «Aenderung des Verhältnisses zwischen Staat, Kirchen und religiösen Gemeinschaften». Im selben Zeitraum hat die Kantonalpartei auf Antrag der Arbeitsgruppe die Stimmfreigabe zur kantonalzürcherischen Trennungsinitiative, die Erklärung «zu den Entlassungen an der Evangelischen Hochschule Zürich» und den Verzicht auf eine Parole zum 10-Millionen-Kredit für «Kappel» beschlossen.

Mit diesen Stellungnahmen erhielt die Partei endlich auch im staatskirchlichen Bereich das ihr zustehende Gewicht. Vor allem der Vernehmlassung zur kantonalzürcherischen Trennungsinitiative wurde von kompetenter Seite attestiert, daß sie «die einzige war», «die sich der Mühe einer staatspolitisch gründlichen Abklärung des Problems unterzog»² und «die Phantasie» aufbrachte, «die verhängnisvolle Alternative zwischen dem Status quo und der Initiative zu durchbrechen»³. Mit dem Verzicht auf derartige Stellungnahmen würde die SP sich freiwillig aus einem Teilbereich der politischen Willensbildung ausschalten und zugunsten jener besitzbürgerlichen Richtungen abdanken, die nur allzu sehr darauf aus sind, sich die Kirchen als ihre ideologischen Agenturen zu erhalten.

Das Verhältnis der Kirchen zur Politik

Eine sozialdemokratische Partei muß andererseits zur Kenntnis nehmen, daß auch Kirche nie unpolitisch sein kann. Sie ist politisch:

— In ihren sozialetisch begründeten Erklärungen zu Fragen wie Mitbestimmung, Fristenlösung, Dienstverweigerung.

— In ihrer Personalpolitik, etwa wenn sie linke Mitarbeiter entläßt oder gar nicht erst anstellt. Beispiele aus der Evangelischen Hochschulgemeinde Zürich oder aus der Caritas Schweiz sind in unguter Erinnerung.

— In den Repräsentationsaufgaben, die ihr als gesellschaftlich relevantem Faktor zukommen. Als Bischof Mamie 1973 sich weigerte, am offiziellen Tag des Comptoir Suisse in Lausanne teilzunehmen, weil das damals noch faschistische Portugal als Ehrengast eingeladen war, wurde er von der NZZ prompt als «Stütze der Aufrührer»⁴ getadelt. Hätte er die Einladung angenommen, wäre ihm der umgekehrte Vorwurf einer «Stütze der Reaktion» sicher gewesen. Nur eines konnte er nicht: sich unpolitisch verhalten.

— In ihren Gottesdiensten, auch und gerade dort, wo sie scheinbar unpolitisch Gehorsam gegenüber kirchlichen und staatlichen Autoritäten einübt, Sündenbewußtsein verbreitet und Sühne für Schuld verlangt. Nicht ohne Grund kommt das Kanadische Institut für Friedensforschung zu dem beunruhigenden Ergebnis, daß kirchenhörige Gläubige die größte Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt oder zu kriegerischen Auseinandersetzungen zeigen.⁵

Es kann uns nicht gleichgültig sein, ob ein beträchtlicher Teil der Gesellschaft durch die kirchliche Verkündigung konservativ oder fortschrittlich geprägt wird. Mit dieser Verkündigung sich auseinanderzusetzen, ist das gute Recht einer sozialdemokratischen Partei. Wie die Kirche gesellschaftskritisch sein darf und soll, so darf und soll auch die

SP kirchenkritisch sein, nicht um die Freiheit der Verkündigung einzuschränken, sondern um zu jenem «Dialog» beizutragen, den die Kirchen selbst der «Welt» anbieten.

Kirche als gesellschaftliches Veränderungspotential

Ist es aber vielleicht gar nicht so wichtig, ob Kirche sich fortschrittlich oder konservativ verhält? Erreicht Kirche überhaupt die möglichen Träger von Veränderung? Erreicht sie insbesondere noch die Arbeiterklasse?

Unter den lohnabhängig arbeitenden Menschen sind es vor allem die «christlichen» Gewerkschaften, die nach wie vor im kirchlichen Einflußbereich stehen. Als die katholische Kirche um die Jahrhundertwende die Gründung «eigener» Gewerkschaften vorantrieb, hat sie die Arbeiterschaft bewußt gespalten und damit den «Klassenkampf von oben» unterstützt. (Sonst hätte sie ja auch «christliche» Arbeitgeberorganisationen gründen müssen.) Diese Spaltung innerhalb der Arbeiterschaft ist solange nicht überwunden, als die «christlichen» Gewerkschaften entgegen ihren objektiven Interessen glauben, mit der Christlichdemokratischen Volkspartei marschieren zu müssen. Auf reformierter Seite gibt es das analoge Bündnis zwischen dem Schweizerischen Verband evangelischer Arbeitnehmer und der Evangelischen Volkspartei, nur daß es nicht auf eine kirchliche Initiative zurückgeht und auch nicht mit einem besonderen kirchlichen Beistand rechnen kann. Hier wie im katholischen Einflußbereich aber sind kirchlich geprägte Arbeitnehmer offenbar besonderen «Schwellenängsten» gegenüber der sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung unterworfen. Hier wie dort könnte Kirche daher auch einmal umgekehrt die Spaltung unter den organisierten Arbeitnehmern überwinden helfen. Kirche, die sich selber gerne ökumenisch gibt, sollte doch eigentlich für die Einheit unter den lohnabhängig arbeitenden Menschen etwas mehr Verständnis aufbringen.

Wohl erreicht Kirche in erster Linie mittelständische Schichten: Gewerbetreibende, Handwerker, Kleinindustrielle, Bauern. Wer aber sagt, daß diese Schichten für eine sozialistische Veränderungsstrategie keine Rolle spielen? Tatsache ist doch, daß sie mit den lohnabhängigen Klassen zusammen einen gemeinsamen existenzgefährdenden Gegner haben: das Großkapital. Tatsache ist andererseits, daß sie dennoch die aggressivste Eigentumsideologie vertreten. Das ist insofern kein Widerspruch, als das Eigentum, das sie verteidigen, persönliches, unbeschränkt haftendes, mit unternehmerischer Funktion verbundenes Eigentum ist, das mit dem anonymen Eigentum des Großkapitals nur noch den Namen gemein hat. Kirche, die in diesen mittelständischen

Schichten zur sozialetisch zwingenden Unterscheidung der Eigentumsbegriffe und damit auch zu einer Versachlichung der Diskussion um Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft beitragen würde, wäre für die Arbeiterbewegung von unschätzbarem Wert.

Endlich sollten wir die kirchlich geprägte junge Intelligenz nicht übersehen, die in den letzten Jahren zur SP gestoßen ist. Beeinflußt von der modernen kirchlichen Sozialetik, hat diese Intelligenz eine neue Qualität der Argumentation in die Arbeiterbewegung eingebracht. Ich denke ganz konkret an die Architekten der sozialdemokratischen Bankeninitiative. Subjekte der Veränderung gibt es eben nicht nur dort, wo eine materialistische Theorie sie suchen würde. Auch der Geist des Sozialismus weht mitunter, wo er will.

Das strategische Interesse an den Kirchen darf allerdings kein Selbstzweck werden. Die Sozialdemokratie hat nach ihrem eigenen Selbstverständnis Positionen zu vertreten, die den Kirchen nicht ganz fremd sein sollten. Ich möchte hier nur die beiden wichtigsten Bereiche möglicher Uebereinstimmung von Kirche und Sozialdemokratie hervorheben: die Weltlichkeit des Politischen und die Affinität von Reich Gottes und herrschaftsfreier Gesellschaft.

Die Weltlichkeit des Politischen

Die weltanschauliche Neutralität des Staates

Wenn der demokratische Sozialismus die Neutralität des Staates in Fragen der Religion und Weltanschauung bejaht, folgt er dem alten Prinzip der Arbeiterbewegung, daß Religion Privatsache sei. Das Prinzip wurde oft — auch in den eigenen Reihen — so mißverstanden, als hätte Religion keine öffentliche, keine gesellschaftliche Funktion. «Privatsache» meinte und meint jedoch nichts anderes als das Gegenteil einer «Staatssache»: Der Staat hat kein Recht, den Menschen eine Religion oder Weltanschauung aufzuzwingen. Er hat überhaupt nicht den Auftrag, die letzten Ueberzeugungen der Menschen nach Wahrheit oder Irrtum zu beurteilen. Vielmehr hat er den Menschen durch die Gewissens-, Glaubens- und Kultusfreiheit die individuelle wie die kollektive Wahrheitsfindung zu ermöglichen. Der Staat selbst ist weder christlich noch atheistisch, er garantiert jedoch die Freiheit, daß die Menschen das eine wie das andere ungehindert sein können. Nichts anderes meinen die modernen Attribute, die den Staat als «säkular», «laikal» oder «weltlich» charakterisieren.

Gleichberechtigung

der religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften

«Alle Ueberzeugungen und Bekenntnisse sollen innerhalb der öffentlichen Ordnung gleichberechtigt sein.» Diese Forderung des Parteipro-

gramms der SPS stellt die weltanschauliche Neutralität des Staates vor eine Bewährungsprobe. Zwar ist unbestritten, daß der Staat alle religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften schützen muß. Ohne die Existenz dieser Gemeinschaften fehlten den Menschen wesentliche Orientierungshilfen, um von der Gewissens-, Glaubens- und Kultusfreiheit einen vernünftigen Gebrauch zu machen. Wahrheitsfindung ist ohnehin nicht nur Sache des einzelnen. Sie ist ein kollektives Unternehmen, notwendig getragen durch Gemeinschaften, die sich bestimmten Sinndeutungen des Lebens verpflichtet wissen.

Der Staat kann aber noch einen Schritt weitergehen und diese Gemeinschaften nicht nur schützen, sondern auch unterstützen. Mit der weltanschaulichen Neutralität ist es freilich nicht zu vereinbaren, wenn staatliche Förderungsmaßnahmen ausschließlich den Großkirchen zukommen. Der weltanschaulich neutrale Staat darf religiöse und weltanschauliche Gemeinschaften weder privilegieren noch diskriminieren. Ihre Gleichberechtigung ist seine Maxime. Im System der Trennung von Kirche und Staat ist die Gleichberechtigung negativ: keine Gemeinschaft erhält eine staatliche Unterstützung. Ein System der Verbindung von Kirche und Staat ist demgegenüber nur annehmbar, wenn der Staat auch allen andern Glaubensgemeinschaften dieselbe oder eine ähnliche Verbindung anbietet, wenn er also bereit ist, eine positive Gleichberechtigung zu praktizieren.

Die weltanschauliche Neutralität des demokratischen Sozialismus

«Der demokratische Sozialismus . . . will keine letzten Wahrheiten verkünden — nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben.» Wie aus diesen Worten des Godesberger Programms der SPD hervorgeht, verpflichtet der demokratische Sozialismus auch sich selbst auf die weltanschauliche Neutralität, die er vom Staate verlangt. In der Tat kann eine sozialdemokratische Partei glaubwürdig für die weltanschauliche Neutralität des Staates nur eintreten, wenn sie selbst darauf verzichtet, «letzte Wahrheiten» zu verkünden. Sie darf auch ihre Mitglieder nicht auf «letzte Wahrheiten» verpflichten, will sie nicht die Zusammenarbeit religiöser und atheistischer Genossinnen und Genossen verunmöglichen. Diese Erkenntnis ist alles andere als neu. Bereits Lenin stimmte der Aufnahme von Christen in die Sozialdemokratische Partei mit der Begründung zu, die «Einheit» des «Kampfes der unterdrückten Klasse für ein Paradies auf Erden» sei ihm «wichti-

ger als die Einheit der Meinungen über das Paradies im Himmel»⁶. Und in der Erklärung der Sozialistischen Internationale von 1951 lesen wir: «Gleichviel, ob Sozialisten ihre Ueberzeugung aus den Ergebnissen marxistischer oder anders begründeter sozialer Analysen oder aus religiösen oder humanistischen Grundsätzen ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens.»

Die Weltlichkeit des Politischen im christlichen Verständnis

Die Forderung nach einer weltanschaulichen Neutralität von Staat und Parteien wird auch von der neueren christlichen Sozialethik vertreten. Es ist durchaus kein Zufall, daß die Unterscheidung zwischen «letzten» und «vorletzten Wahrheiten» im Godesberger Programm der SPD auf Dietrich Bonhoeffers Mahnung zurückgeht: «Man kann und darf das letzte Wort nicht vor dem vorletzten sprechen. Wir leben im Vorletzten und glauben das Letzte.»⁷ Im Vorletzten kämpfen wir politisch, werben wir um die Zustimmung des Volkes, während wir das Letzte, das ja auch nicht abstimmbar ist, der Obhut der Toleranz anvertrauen.

Bemerkenswert ist vor allem der Wandel der katholischen Kirche in dieser Frage. Sie, die noch unter Pius XII. den «katholischen Staat» wenigstens dem Grundsatz nach forderte, anerkennt heute, daß der «Wesenszweck» des Staates auf die «irdische und zeitliche Ordnung» beschränkt bleibe.⁸ Es sei einzig und allein «Sache der kulturellen und religiösen Gemeinschaften, ... die letztgültigen Ueberzeugungen über Wesen, Ursprung und Ziel des Menschen und der Gesellschaft zu entwickeln»⁹.

Zur staatsrechtlichen Gleichstellung der «kulturellen und religiösen Gemeinschaften» spricht sich die katholische Weltkirche nicht direkt aus. Es sind vor allem katholische Theologen und Synoden, die aus der weltanschaulichen Neutralität des Staates die Forderung nach (positiver) Gleichberechtigung der religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften ableiten. Für Karl Rahner zum Beispiel muß der Staat auch «areligiöse weltanschauliche Gemeinschaften», die «einen echten positiven Humanismus der Freiheit und sittlichen Verantwortung, der Nächstenliebe und Wahrhaftigkeit fördern, entsprechend ihrer Bedeutung und der Zahl ihrer Mitglieder ebenso fördern wie die Religionsgemeinschaften»¹⁰. Und nach der Synode 72 soll «die rechtlich gleiche Stellung der christlichen Bekenntnisse ... auch auf andere religiöse und weltanschauliche Gemeinschaften ausgedehnt werden, die eine solche Stellung wünschen und deren Bedeutung eine Anerkennung rechtfertigt»¹¹.

Weder innerhalb noch außerhalb des Verbandskatholizismus hat

man genügend zur Kenntnis genommen, daß die katholische Soziallehre nicht nur vom «katholischen Staat», sondern auch von «katholischen» oder «christlichen Parteien» Abstand nimmt, denn ebensowenig wie den Staat anerkennt sie die Parteien als Träger «letztgültiger Ueberzeugungen». Die Parteien werden vielmehr, wie Oswald von Nell-Breuning anmerkt, «'entmythologisiert' und 'säkularisiert', wie sie das in den angelsächsischen Ländern von jeher waren ... In der gleichen politischen Partei können sich Politiker verschiedener weltanschaulicher Ueberzeugung, nicht nur Christen verschiedener Bekenntnisse, sondern auch Christen und Nicht-Christen, ja sogar Gläubige und Nicht-Gläubige zusammenfinden, wenn ihre letzten weltanschaulichen Begründungen zu übereinstimmenden oder doch miteinander vereinbaren praktischen Entscheidungen führen»¹².

Mit der Unterscheidung zwischen Letztem und Vorletztem begegnet christliche Ethik auch dem Irrtum, daß weltanschauliche Neutralität zwangsläufig eine Wertneutralität (logisch) enthalte oder (soziologisch) bewirke. Politisch richtig denken, werten und handeln kann auch, wer nicht über das christliche Menschenbild «verfügt». Im Vorletzten weiß und macht der Christ nicht zum vornherein alles besser als der Nicht-Christ. Es ist wiederum Bonhoeffer, der vor einer «christlichen Apologetik» warnt, die versuche, «der mündig gewordenen Welt zu beweisen, daß sie ohne den Vormund 'Gott' nicht leben könne»¹³. Er fordert, «daß man die Mündigkeit des Menschen einfach anerkennt, und daß man den Menschen in seiner Weltlichkeit nicht 'madig' macht»¹⁴. Nichts anderes meint das Zweite Vatikanum, wenn es die «Autonomie der irdischen Wirklichkeiten» bejaht¹⁵, nichts anderes die moderne «politische Theologie», wenn ihr prominentester Vertreter schreibt: «Die 'Welt verchristlichen' heißt in einem ursprünglichen Sinn sie 'verweltlichen'»¹⁶, nichts anderes die Schrift, wenn sie Christus als das «Licht» verkündet, «das jedem Menschen, der in diese Welt kommt, leuchtet» (Joh. 1, 9).

Reich Gottes und herrschaftsfreie Gesellschaft

Auch der demokratische Sozialismus verbindet mit seiner weltanschaulichen Neutralität natürlich keine Wertneutralität. Die weltanschauliche Neutralität selbst ist ein Wert, die mit ihr verbundenen Grundrechte sind Werte, zu denen er sich bekennt. Darüber hinaus will der demokratische Sozialismus neue Werte verwirklichen, die sich ganz grundlegend vom liberalen oder bürgerlichen Wertsystem unterscheiden. Er kann daher, wie schon Christoph Blumhardt wußte, Religion zwar als «Privatsache», das Eigentum hingegen als «Gemeinschaftssache» ordnen.¹⁷

Sozialistische Unterscheidung christlicher Geister

Gerade weil nun aber die Ziele des demokratischen Sozialismus einem vorletzten Bereich zugehörig sind, dürfen wir an ihnen auch die Kirchen messen, wann immer sie politisch sich verhalten. Verzicht auf die Beurteilung letzter Wahrheiten heißt nicht Verzicht auf die Beurteilung der politischen Konsequenzen kirchlicher Verkündigung. Im Christentum gibt es vor allem zwei geschichtsmächtige Klassenlinien, die bis heute nachwirken und uns zu einer sozialistischen Unterscheidung der Geister veranlassen: auf der einen, der dominierenden Seite eine konservative, der jeweils herrschenden Klasse (Sklavenhalter, Feudaladel, Kapital) verpflichtete Tradition und auf der andern Seite ein progressiver, «ketzerischer» Humanismus, der den Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg aufnimmt.

Die beiden Klassenlinien resultieren aus zwei entgegengesetzten Deutungen des Evangeliums. Die konservative Tradition gibt sich heute scheinbar unpolitisch: Das Reich Gottes verheißt Befreiung für das Jenseits, nicht für das Diesseits. Das Diesseits ist nichts weiter als ein Ort der Bewährung und der Erlösung von individueller Schuld. Jede innerweltliche Heilslehre scheitert an der Erbsünde. Dieses scheinbar unpolitische Desinteresse am Diesseits ist indessen stets auf dem Sprunge, in eine reaktionäre Politik umzuschlagen. Jenseitsvertröstung paart sich dann mit Weltverachtung, bis hin zur Rechtfertigung des Atomkrieges als «Treuebekenntnis» zu dieser Art von Religion. In einem Artikel, den der engste Berater von Pius XII., Gustav Gundlach, vor zwanzig Jahren schrieb, lesen wir: «Sogar für den möglichen Fall, wo nur noch eine Manifestation der Majestät Gottes und seiner Ordnung, die wir ihm als Menschen schulden, als Erfolg bliebe, ist Pflicht und Recht zur Verteidigung allerhöchster Güter denkbar. Ja, wenn die Welt untergehen sollte dabei, dann wäre das auch kein Argument gegen unsere Argumentation. Denn wir haben erstens sichere Gewißheit, daß die Welt nicht ewig dauert, und zweitens haben wir nicht die Verantwortung für das Ende der Welt. Wir können sagen, daß Gott der Herr, der uns durch seine Vorsehung in eine solche Situation hineingeführt hat oder hineinkommen ließ, wo wir dieses Treuebekenntnis zu seiner Ordnung ablegen müssen, dann auch die Verantwortung übernimmt»¹⁸.

Die progressive Tradition wird in unserem Jahrhundert vor allem von den Religiösen Sozialisten weitergeführt. Für sie ist das Reich Gottes auch eine politisch verändernde Kraft. Wie Leonhard Ragaz betont, beten die Christen nicht: «Laß uns in dein Reich kommen», sondern: «Dein Reich komme zu uns»¹⁹. Gott will durch sein Reich nicht nur einen «neuen Himmel», sondern auch eine «neue Erde» schaffen²⁰, Ausbeutung und Gewalt überwinden, den Exodus aus allen

Herrschaftsverhältnissen herbeiführen. Das nach Ragaz «revolutionärste Wort, das je gesprochen worden ist»²¹, findet sich in Mt. 20, 26: «Ihr wißt, daß die Herrschenden ihre Völker knechten und daß die Großen sie ihre Macht fühlen lassen. Nicht so soll es unter euch sein. Vielmehr, wer unter euch groß sein will, sei euer Diener, und wer unter euch der Erste sein will, sei euer Knecht.» Uebersetzt in die Sprache des Kommunistischen Manifests, gilt also auch das christliche Ideal einer «Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist».

Christen in der Sozialdemokratie

Die Arbeiterbewegung weiß um den Beitrag, den sie der progressiven christlichen Tradition verdankt. «Wir Sozialisten anerkennen», heißt es im Programm der SPS, «daß religiöse Kräfte die Kulturtradition aller Völker und ihre ethischen Prinzipien mitgeformt haben und daß besonders auch aus christlicher Ueberzeugung Impulse der sozialistischen Bewegung hervorgehen.» Und im neuesten sozialistischen Programm, demjenigen der SPÖ von 1978, finden sich die eindrucklichen Sätze: «Die Sozialisten begegnen der christlichen Botschaft, die in gleicher Weise zur Nächstenliebe wie zum Eintreten für die Schwachen und Entrechteten verpflichtet, mit tiefer Sympathie. Millionen Christen stehen heute in der sozialistischen Bewegung, weil sie davon überzeugt sind, in ihr für ihre sittlichen Grundwerte am wirksamsten eintreten zu können. Sie sind Sozialisten nicht obwohl, sondern weil sie Christen sind.»

Kirche im Sozialismus

So sehr wir als Sozialisten die progressiven Kräfte in den Kirchen anerkennen und ermutigen sollen, so wenig dürfen wir andererseits dem bürgerlichen, im Grunde spätkonstantinischen Fehler verfallen, die Kirchen über ihre materielle Basis auf unsere Seite ziehen zu wollen. Wir verhielten uns sonst, wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen, nicht anders als die Freisinnig-demokratische Partei des Kantons Zürich, die in ihrer Vernehmlassung zur kantonalzürcherischen Trennungsinitiative schreibt: «Der Weiterbestand der Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts wird sich auf die Dauer nur aufrechterhalten lassen, wenn die Kirchen den Boden der christlichen Heilslehre und Ethik nicht mit dem der Politik vertauschen.»²² Nicht nur maß sich hier eine politische Partei an, über die richtige Auslegung der Schrift zu befinden, die Kirche, die von diesem bürgerlichen Schriftverständnis abweicht, soll auch noch durch den Entzug der Steuerhoheit bestraft werden. Unsere sozialistische Politik gegenüber den

Kirchen kann nicht die Androhung materieller Nachteile, sondern nur der Dialog sein. Der demokratische Sozialismus ist keineswegs so unfehlbar, daß er beim Aufbau einer neuen Gesellschaft auf Kirche als unabhängige sozialkritische Institution verzichten, sie gar in ihrer Freiheit einschränken dürfte. Umgekehrt wird Kirche in einer sozialistischen Gesellschaft, von kapitalistischen Bedingungen unentfremdet, mehr denn je die Chance erhalten, wieder eine echte Gemeinschaft zu sein, «eine Einrichtung, die mehr ist als Verwaltung von Sachen, die es mit der Freundlichkeit, der tiefdringenden, der Brüderlichkeit, der schwierigen, sehr ernst nimmt»²³.

-
- 1 Vgl. «Das Dokument», in diesem Heft, S. 156.
 - 2 Robert Leuenberger, Die Unterscheidung von Kirche und Welt, Schweizerische Kirchenzeitung, 6. April 1978.
 - 3 Robert Leuenberger, Problemlose Kirche?, Zürich 1977, S. 22.
 - 4 Ausgabe vom 10. September 1973.
 - 5 Vgl. Ansgar Friemelt/Fritz Oser, Den Frieden lernen, Olten 1973, S. 169ff.
 - 6 Zitiert nach Robert Steigerwald, Marxismus — Religion — Gegenwart, Berlin 1973, S. 54.
 - 7 Widerstand und Ergebung, München 1970, S. 176.
 - 8 Zweites Vatikanum, Erklärung über die Religionsfreiheit, Nr. 3.
 - 9 Paul VI., Apostolisches Schreiben «Octogesima Adveniens», Nr. 25:
 - 10 In: Gerhard Szesny, Die Antwort der Religionen, Hamburg 1971, S. 212.
 - 11 Beziehung zwischen Kirche und politischen Gemeinschaften, Diözesane Entscheidung 6. 1. 4. der Churer Synode.
 - 12 Einleitung zu «Octogesima Adveniens», Trier 1971, S. 7.
 - 13 Widerstand und Ergebung, S. 357.
 - 14 Ebda, S. 379.
 - 15 Pastoralkonstitution «Gaudium et Spes», Nr. 36.
 - 16 J. B. Metz, Zur Theologie der Welt, Mainz 1968, S. 44.
 - 17 Vgl. Ansprachen, Predigten, Briefe, hrg. von Johannes Harder, Neukirchen-Vluyn 1978, Band 2, S. 268ff.
 - 18 Die Lehre Pius' XII. vom modernen Krieg, Stimmen der Zeit, 1959, S. 13.
 - 19 Von Christus zu Marx — von Marx zu Christus, Hamburg 1972, S. 154.
 - 20 Vgl. Otto Bauer/Leonhard Ragaz, Neuer Himmel und neue Erde! Ein religiös-sozialer Aufruf, Zürich 1938.
 - 21 Politik und Gottesreich, Olten 1919, S. 21.
 - 22 NZZ vom 5./6. Juni 1976.
 - 23 Ernst Bloch, Naturrecht und menschliche Würde, Frankfurt/Main 1961, S. 314.

Jedenfalls konnten wir die Arbeiter auch deswegen nicht einladen, in die Kirche zu kommen, weil diese Kirche in ihrer Lehre wie in ihrer Praxis selbst wieder zu Gott kommen mußte. Vorläufig mußte eher der Sozialismus die Kirche, überhaupt die Christenheit, zu Gott führen als umgekehrt.

(Leonhard Ragaz, Sinn und Werden der Religiös-Sozialen Bewegung, Zürich 1936, S. 12)
